

JERUSALEM – VIEL LÄRM UM (FAST) NICHTS

Eine zynische Heuchelei stellt die Anerkennung Ostjerusalems als Hauptstadt Palästinas auf dem Gipfel islamischer Staaten dar. Ausgerechnet die Staaten, die keine Gelegenheit ausgelassen haben, den Palästinensern in den Rücken zu fallen, gerieren sich nun als Wahrer der palästinensischen Sache. Ihnen gegenüber kommt Trump als regelrechter Herold der tatsächlichen Verhältnisse daher.

■ Julien Salingue

In einer zehnminütigen Ansprache hat Donald Trump am 6. Dezember seine Entscheidung bekanntgegeben, Jerusalem offiziell als Hauptstadt des Staates Israel anzuerkennen und die bisher in Tel Aviv ansässige US-Botschaft dorthin zu verlegen.

Dieser Schritt wurde von zahlreichen Seiten verurteilt, da er katastrophale Folgen nach sich ziehen könnte und Netanjahu und der israelischen Kolonialpolitik Auftrieb verschaffen wird. Welche Motive stecken hinter diesem höchst symbolischen Akt und was werden die Konsequenzen daraus sein?

Dealmaker Trump

Viele Interpretationen ranken sich darum, was Trump zu diesem Schritt getrieben haben könnte. Ging es ihm um einen symbolischen Bruch mit seinen Amtsvorgängern Clinton und Obama? Oder war dies ein Zugeständnis an die zutiefst pro-israelische evangelikale Rechte? Oder wollte er seine persönliche Nähe zu Netanjahu demonstrieren? Oder wollte er einfach davon ablenken, dass er durch die Anklage seines ehemaligen Sicherheitsberaters Michael Flynn wegen geheimer Russland-Kontakte in der Bredouille steckt? In all diesen Erklärungsversuchen steckt ein Körnchen Wahrheit, aber doch erfassen sie nicht den Kern der Sache.

Dieser liegt – so banal dies klingen mag – in der Natur des Donald Trump selbst. Dabei spielen internationales Recht, Rücksicht auf die Meinung anderer Staaten, ein-

schließlich der arabischen Verbündeten, und die Meinung seines Stabes (sowohl sein Außen- als auch sein Verteidigungsminister waren dagegen) keine Rolle bei der Entscheidungsfindung. Ausschlaggebend ist allein die zutiefst innere Überzeugung von Trump, mit seiner Entscheidung den „richtigen Deal“ gemacht zu haben.

Er macht, was er immer macht, der Trump. Egal welche Konsequenzen sich daraus ergeben, für ihn gibt es nur „gute“ oder „schlechte“ Entscheidungen und die „mutigen Männer“ müssen die „guten“ treffen. Dieses mystische Politikverständnis gab es schon bei George W. Bush, aber Trump setzt noch eins drauf, indem er sein Image als Erfolgsmensch und seine Inszenierung als „Mann gegen das Establishment“ pflegt. Der Realismus, der in der US-Diplomatie früher herrschte, gilt ihm als Unentschlossenheit, also als Feigheit.

Symbolpolitik statt Zeitenwende

Bekannt für Nassforschungen, spektakuläre Inszenierungen und Schaumschlägereien ist Trump in seiner Politik wenig berechenbar und seine politische Vernunft zutiefst irrational. Diese Verweigerung gegenüber dem falschen Schein jedoch verschafft ihm paradoxerweise mitunter das Verdienst, nackte Wahrheiten zu enthüllen, statt Illusionen zu schüren, wie dies Barack Obama mit verlogenen Absichtserklärungen und symbolträchtigen Auftritten getan hat. Dies gilt auch für Jerusalem und darüber hinaus für die US-Politik in Bezug auf Israel.

Vielen gilt Trumps Entscheidung zu Jerusalem als politischer Bruch und als Bärenstreich oder gar Todesstoß für den „Friedensprozess“. Zweifellos stellen die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels und die Verlegung der Botschaft einen symbolträchtigen Akt dar, aber von einem drastischen Kurswechsel der US-Außenpolitik durch Trump zu sprechen, wäre übertrieben, wenn nicht gar verfehlt.

Das Gerede vom „Tod des Friedensprozesses“ entbehrt nicht einer guten Portion Heuchelei, da unterstellt wird, es hätte ihn – diesen Friedensprozess – bis zu den Erklärungen von Trump wirklich gegeben. Dasselbe gilt für den angeblichen Verstoß gegen die „Ausgewogenheit“ der US-Position zu dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Wer so redet, enthebt nur die US-Regierung unter Obama

ihrer tatsächlichen Verantwortung und unterstellt, sie hätte eine „ausgewogene“ Sicht in dieser Angelegenheit vertreten. Wenn man die Entwicklung der Lage im Nahen Osten in den vergangenen zehn Jahren mit nur etwas Abstand und Klarheit betrachtet, kann man nur feststellen, dass diese „Gewissheiten“ die Wahrheit offenkundig auf den Kopf stellen.

Israel und das Völkerrecht

Es gab mehrere Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zur Causa Jerusalem, ohne dass also die USA ihr Veto eingelegt hätten. Im Jahr 1968, ein Jahr nach der Eroberung des Ostteils der Stadt, fordert die Resolution 252 Israel dazu auf, „sich umgehend jeglicher zusätzlicher Aktionen zu enthalten, die geeignet sind, den Status von Jerusalem zu ändern“. Nach der „offiziellen“ Annexion Ostjerusalems beklagt die Resolution 478 von 1980 „die Verletzung des Völkerrechts“ und „fordert alle Staaten, die in Jerusalem diplomatische Vertretungen unterhalten, auf, diese [...] zurückzuziehen“.

Auch wenn dieser Beschluss seither von den USA respektiert worden war, hat dies Israel nicht daran gehindert, eine Politik der „Judaisierung“, also einer ethnischen Säuberung, der Stadt zu betreiben. Nach 1967 haben die Behörden nur 13% des Stadtgebietes von Ostjerusalem als „Bauland“ für die Palästinenser ausgewiesen, hingegen 35% als Siedlungsgebiet. Die Siedlungen haben sich im Handumdrehen entwickelt und es gibt mittlerweile über 200 000 Siedler dort, während die Palästinenser Baugenehmigungen nur tröpfchenweise erhalten haben. Über 80 000 von ihnen (bei einer Gesamtzahl von 300 000) leben mittlerweile in Unterkünften, die Israel als illegal bezeichnet und die daher abrisssbedroht sind.

Jedoch hat diese Nichteinhaltung der UN-Resolutionen zu Jerusalem – wie auch der übrigen Resolutionen – durch Israel keinerlei Sanktionen seitens der USA oder der EU-Staaten nach sich gezogen. Folglich konnte Israel auch ohne die formelle Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt völlig ungestraft vorgehen und dabei weiterhin von der Unterstützung der meisten westlichen Staaten profitieren, wobei sich die USA besonders hervorgetan haben und Obama gegen Ende seiner Amtszeit gar die Rekordsumme von 38 Milliarden Dollar als Militärhilfe von 2019 bis 2028 als „Abschiedsgeschenk“ gewährt hat.

Druck aufbauen!

Trumps Entscheidung als „Bruch“ oder gar „Wendepunkt“ zu bezeichnen, verhüllt eher die wirkliche Lage, statt sie zu erhellen. Die aktive oder passive Komplizen-

schaft der USA mit Israel ist – über die Mär vom „Friedensprozess“ hinweg – keinesfalls neu und die Entscheidung des US-Präsidenten hat wenigstens den Vorzug, bestimmte hartnäckige Illusionen zu zerstreuen.

Dies soll nicht heißen, dass wegen der hoch symbolischen Bedeutung von Trumps Beschluss nicht Spannungen und gewaltsame Auseinandersetzungen in den besetzten Gebieten und, in geringerem Ausmaß, auch in anderen Ländern im Nahen Osten aufkommen werden. Diese zusätzliche Provokation und die von Zynismus triefende Zufriedenheit der israelischen Politiker darüber können dazu führen, dass in der palästinensischen Bevölkerung die Wut wieder explodiert und es gar zu bewaffneten Aktionen kommt, die dann wiederum von Israel als Vorwand genommen werden.

Trotz alledem stehen die Zeichen nicht auf einen breiten Aufstand, da sich die Palästinenser darüber im Klaren sind, wie sich das Kräfteverhältnis zu ihren Ungunsten entwickelt hat, und weil die palästinensische Nationalbewegung geschwächt, diskreditiert, gespalten und von Machtkämpfen ausgehöhlt ist, die in keiner Weise den nationalen Rechten der Palästinenser dienlich sind. Ihnen wird keinerlei Unterstützung mehr zuteil, auch wenn sich die autoritären arabischen Regimes formal von Trumps Entscheidung distanzieren mögen. Stattdessen setzen sie, verblendet durch den kalten Krieg zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, auf eine Annäherung an Israel und die USA.

Die Palästinenser bleiben isoliert und ihnen steht nichts Gutes ins Haus in der nächsten Zeit, zumal ihre Proteste auf blutige Repression durch den israelischen Staat stoßen werden, der jetzt noch Auftrieb in seiner ultimativen Haltung bekommen hat. Daher ist Solidarität angesagt und wir müssen – ohne den Palästinensern das Wort nehmen zu wollen – klarmachen, dass das Gerede von einer „Verhandlungslösung unter der Schirmherrschaft der USA“ allen Einwänden zum Trotz nichts als eine Fiktion ist, die auf den Müllhaufen der Geschichte gehört, wohingegen Sanktionen gegen Israel dringender denn je auf die Tagesordnung gehören.

■ *Übersetzung aus Hebdo l'Anticapitaliste vom 7.12.2017: MiWe*

